BV-P-ö/08/0110-01
öffentlich

Universitäts- und Hansestadt Greifswald

- Beschluss -

Einbringer
Politik Bürgerschaftsfraktion SPD/Die Linke, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Fraktion Alternative Liste*Tierschutz*PARTEI

Gremium	*Sitzungsdatum*	*Ergebnis*
Bürgerschaft (BS)	25.11.2024	abgelehnt

Zweitwohnungssteuer – Für eine gerechte Beitragsverteilung und mehr Ummeldungen in Greifswald

Beschluss:

Die Bürgerschaft der Universitäts- und Hansestadt Greifswald beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung einer Satzung zur Erhebung einer Zweitwohnungssteuer in Greifswald ab dem 01.06.2025. Der Satzungsentwurf soll der Bürgerschaft baldmöglichst vorgelegt werden.

Die Abgabe soll 10 – 25% der Jahresnettokaltmiete betragen.

Die Verwaltung wird beauftragt, der Bürgerschaft als Anlage zum Satzungsentwurf Modellrechnungen über die jeweils geschätzten Einnahmen aus der Zweitwohnungssteuer entsprechender Tarifmodelle vorzulegen. Außerdem sollen geeignete Steuerbefreiungsmodelle, um überproportional armutsbetroffene Bevölkerungsteile (z.B. Studierende oder Auszubildende) zu entlasten, geprüft werden.

Ergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
18	19	4

UNIVERSITÄTS- UND HANSESTADT GREIFSWALD 010

Prof. Dr. Madeleine Tolani
Präsidentin der Bürgerschaft